

Nein zu teuren Experimenten – Nein zur Prima-Initiative und zum Gegenvorschlag

Mit der Prima-Initiative und dem Gegenvorschlag soll eine Strukturveränderung im Bildungssystem erfolgen. Der Kindergarten soll faktisch abgeschafft und stattdessen die sogenannte Grundstufe eingeführt werden. Das System Grundstufe kostet mehr, bringt hingegen aber keine Vorteile mit sich. Demzufolge ist sowohl die Prima-Initiative als auch der Gegenvorschlag abzulehnen

Am 25. November 2012 stimmt das Zürcher Stimmvolk über die Prima-Initiative und den dazugehörigen Gegenvorschlag ab.

Wieso sind beide Vorlagen abzulehnen? Mit der Prima-Initiative wird verlangt, dass die sogenannte Grundstufe im Kanton Zürich flächendeckend eingeführt wird. Die Grundstufe bedeutet, dass der Kindergarten und die erste Primarklasse zusammengelegt werden – d.h. der Kindergarten und somit der Berufsstand der Kindergärtnerin bzw. des Kindergärtners würde faktisch abgeschafft.

Schlechtes Zeugnis für die Grundstufe

Die Grundstufe ist ein Modell, welches in einem Schulversuch bereits in 87 Klassen von 27 Gemeinden des Kantons Zürich getestet wurde. Zur Auswertung des Schulversuchs wurde im Juli 2010 eine von der Erziehungsdirektorenkonferenz Ost (EDK-Ost) in Auftrag gegebene Evaluation veröffentlicht. Der dieser Evaluation zu Grunde liegende Bericht zeigt auf, dass Schülerinnen und Schüler, welche die Grundstufe im Versuch erfahren haben, keine Lern- und Wissensvorteile gegenüber denjenigen vorweisen, welche den Kindergarten besuchten.

Lernstandserhebungen, welche Dr. Urs Moser von der Uni Zürich durchführte, führten zur selben Erkenntnis. Von ungefähr 1000 Kindern wurden die sprachlichen, mathematischen und sozial-emotionalen Kompetenzen erhoben. Obwohl die Grundstufenschülerinnen und -schüler in den ersten zwei Jahren in sprachlichen und mathematischen Belangen den Kindergartenkindern voraus sind, haben die Kindergartenkinder diesen Vorsprung bis zum Ende der ersten Klasse wieder gänzlich wettgemacht. Und dies mit dem Vorteil, dass die Kindergartenkinder noch einen Kindergarten geniessen konnten, welcher den Schwerpunkt auf das Spielerische legt, was für 4- bis 6-jährige Kinder immens wichtig ist. Zudem ergab die Studie, dass der von linker Seite immer wieder proklamierte soziale Vorteil der Grundstufe nicht nachgewiesen werden konnte.

Mehr Raum und Personal – unverantwortliche Mehrkosten

Die Annahme der Prima-Initiative und damit die Einführung der Grundstufe käme den Kanton und die Gemeinden und damit uns Steuerzahler teuer zu stehen.

Es wird im Personalbereich mit jährlich wiederkehrenden Mehrkosten von mindestens 62 Millionen Franken gerechnet. Nachweislich wäre für die Grundstufe mehr Personal nötig. Genügt für die Leitung eines Kindergartens eine Vollzeiteinheit, so muss für eine Grundstufenklasse mit 1.5 Vollzeiteinheiten gerechnet werden, da der Grundstufenunterricht in der

Regel im Teamteaching erfolgt. Grundstufenlehrpersonen werden zudem in eine höhere Lohnkategorie eingeteilt, weil sie als Unterstufenlehrperson bezahlt würden.

Zu beachten ist auch, dass Kindergärtnerinnen und Kindergärtner entsprechend umgeschult werden müssten, um in einer Grundstufe unterrichten zu können. In Anbetracht des aktuellen Lehrpersonenmangels stellt sich die Frage, wie das benötigte Lehrpersonal überhaupt rekrutiert werden könnte.

Hinzu kommen für die Gemeinden massive Kosten für Investitionen in Schulräume. Die flächendeckende Einführung der Grundstufe bedeutete eine organisatorische Veränderung des Schulsystems, was auch bauliche Anpassungen der Schulräume zur Folge hätte. Der bisher für den Kindergarten genutzte Raum genügte nicht mehr und die Gemeinden müssten den passenden Schulraum noch schaffen. Dies würde, zusätzlich zu den Lohnkosten, noch Baukosten von mehreren 100'000 Franken in jeder Gemeinde nach sich ziehen.

Mundart im Kindergarten würde wieder abgeschafft

Die Vorlage ist weiter verknüpft mit der Frage nach der Unterrichtssprache. Das Zürcher Stimmvolk hat im Mai 2011 der Initiative «Mundart im Kindergarten» zugestimmt. Würde die Prima-Initiative umgesetzt und somit der Kindergarten abgeschafft, dann wäre Mundart als Unterrichtssprache nicht mehr Verpflichtung. Im Gesetzestext würde dann stehen, dass in der Grundstufe „Mundart und Hochdeutsch“ gesprochen werden kann. Dass bei einer solchen Vorgabe als Unterrichtssprache wohl vermehrt Hochdeutsch zur Anwendung käme, lässt sich unschwer folgern. Der Volksentscheid, welcher Mundart im Kindergarten verlangt, könnte also umgangen werden.

Der Gegenvorschlag ist undemokratisch und unübersichtlich

Der Gegenvorschlag des Kantonsrates, welcher den Gemeinden eine Wahlmöglichkeit zwischen Grundstufe und Kindergarten lassen möchte, erzielt letztlich dasselbe wie die Prima-Initiative: Am Anfang würden vielleicht noch ein paar Kindergärten bestehen. Da aber zwei parallele Schulmodelle unvorteilhaft sind, wird unter der Begründung, dass die Grundstufe nicht mehr rückgängig gemacht werden könne, die Grundstufe flächendeckend eingeführt. Dieses Zukunftsszenario ist mehr als nur plausibel.

Die Mitbestimmung von Volk und Legislative ist zudem nicht gegeben, denn die Schulpflege in den Gemeinden würde über das Schulmodell entscheiden. Dies weist der Bericht über den „Gegenvorschlag des Kantonsrates über die freiwillige Einführung der Grundstufe“, gestützt auf § 42 Abs. 3 Ziff. 1 VSG, aus. Aufgrund dieser kantonrechtlich verbindlichen und somit vorrangigen Kompetenzregelung ist der Beschluss der Schulpflege politisch nicht "anfechtbar", also weder referendums- noch initiativfähig.

Kämen mit dem Gegenvorschlag im Kanton Zürich oder in einer Gemeinde beide Versionen (Kindergarten und Grundstufe) zum Tragen, dann würde das Schulsystem noch unübersichtlicher. Es müssten für zwei Schulmodelle Lehr- und Hilfsmittel zur Verfügung gestellt werden. Und Klagen bei der Schulpflege wären vorprogrammiert. Eltern würden das Recht einfordern, ihr Kind in einen Kindergarten zu geben, wenn es in eine Grundstufe eingeteilt wird oder umgekehrt.

Der Kindergarten hat sich bewährt

Ist am heutigen Kindergarten etwas auszusetzen? Nein. Der Kindergarten hat sich bewährt. Er basiert auf einem soliden Fundament und konnte sich in den letzten Jahren auch entsprechend den Bedürfnissen der Schule anpassen und weiterentwickeln.

Kinder zwischen vier und acht Jahren befinden sich in unterschiedlichen Entwicklungsstadien. Mit dem Modell des Kindergartens, in welchem die Kinder in der Regel zwischen vier und sechs Jahre alt sind, kann individuell auf die unterschiedlichen Bedürfnisse eingegangen und auch der Übergang zur Primarstufe sorgfältig vorbereitet werden.

In der Grundstufe sind hingegen 4- bis 8-jährige Kinder eingeteilt. Der Schwerpunkt des Unterrichts wird auf schulische Inhalte gelegt. Dass so auf die verschiedenen Bedürfnisse unter Berücksichtigung des Entwicklungsstandes Rücksicht genommen werden kann und auch das spielerische Element nicht zu kurz kommt, bezweifle ich stark. Entweder sind die jüngeren Kinder überfordert oder die älteren unterfordert.

Welches Kind ist nicht motiviert und lernbegierig, wenn es nach dem Kindergarten den Schritt in die Primarschule machen kann? Wird ein Kind aber, wie dies die Grundstufe vorsieht, bereits im Alter von vier Jahren mit Lerninhalten konfrontiert, ist dies kontraproduktiv. Es kann dazu führen, dass das Kind überfordert ist und die Motivation zum Lernen bereits früh verliert.

Fazit: 2x Nein zur Abschaffung des Kindergartens

Dass das Modell der Grundstufe trotz hohen Kosten und keinerlei gewichtigen Vorteilen weiterhin portiert wird, zeigt, dass seitens der Verfechter des Modells ideologische und nicht praktische Überlegungen im Vordergrund stehen. Denn würden praktische Gründe aufgeführt, dann würde das Modell bereits der Vergangenheit angehören. Insbesondere auch deshalb, weil das Modell bereits im Vorfeld der Volksabstimmung für das neue Volksschulgesetz stark kritisiert wurde.

Letztlich muss unser Ziel in der Bildungspolitik sein, die Qualität zu verbessern. Weder die Prima-Initiative noch der Gegenvorschlag bringen uns diesem Ziel näher. Deshalb empfehle ich, bei der Prima-Initiative und beim Gegenvorschlag ein Nein in die Urne zu legen und - da keine Vorlage bevorzugt wird - die Stichfrage leer zu lassen.